

Rezensionen



Rink, Dieter; Hartmuth, Gerhard; Huber, Katja (Hrsg.)
Raum für Nachhaltigkeit – Zur Kontextualisierung des Leitbilds
Berlin: edition sigma 2005 (243 S., zahlr. Abb. u. Tab.)

Was wurde nicht schon berichtet über das, was alles nachhaltig sein soll oder hätte sein sollen. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass der Anspruch Nachhaltigkeit vielfach abstrakt bleibt. Globale Ziele, wie sie z. B. durch die internationale Staatengemeinschaft in Rio (1992) und Johannesburg (2002) formuliert wurden, müssen, um tatsächliche Wirkungen auszulösen, auch für die lokale und regionale Ebene übersetzt und konkretisiert werden. Hierbei muss Nachhaltigkeit für spezifische räumliche und zeitliche, soziale und politische Rahmenbedingungen sowie für verschiedene Akteure und Handlungsfelder operationalisiert werden. Unter dem Schlagwort „Kontextualisierung“ skizzieren die Autoren des Sammelbands „Raum für Nachhaltigkeit“, wie das globale Leitbild durch kommunale und regionale Berichtssysteme für die jeweilige Kommune oder Region übersetzt werden kann.

Im Vergleich zu vorhandenen wichtigen Werken zur regionalen und lokalen Nachhaltigkeitsforschung mit einem Schwerpunkt auf Berichts- und Indikatorensystemen bietet der Band mit zehn Beiträgen einen komprimierten Einblick in sehr unterschiedliche Handlungsfelder und entsprechende Berichtssysteme zur Nachhaltigkeit. Diese umfassen beispielsweise die Messung der Nachhaltigkeit für öffentlich geförderte Beschäftigung oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Gesundheitsbereich.

Im ersten Beitrag skizziert J. Jörissen Grundlinien, Konfliktpunkte sowie mögliche Lösungsvorschläge zur Operationalisierung des Leitbilds der Nachhaltigkeit. Dabei wird insbesondere auf die Nachhaltigkeitsregeln und konstitutiven Nachhaltigkeitselemente von Kopf-müller et al. Bezug genommen. J. Kaether reflektiert im zweiten Beitrag die Erfahrungen der Erprobung von regionalen Nachhaltigkeitsindikatoren in einem parti-

zipativen Prozess. Neben der Ableitung idealtypischer Entwicklungsschritte für Nachhaltigkeitsindikatoren „von unten“ enthält der Beitrag Leitlinien und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung einer Kommune sowie eines Naturparks. Dabei wird deutlich, dass einige Themenbereiche, wie z. B. das Thema Entwicklungszusammenarbeit, von den Akteuren vor Ort als nachrangig eingestuft wurden. Dies wirft eine grundsätzliche Frage auf: Inwieweit ist die aktuelle (subjektive) Problemwahrnehmung mit einem umfassenden Nachhaltigkeitsverständnis gleichzusetzen? Dieses Spannungsfeld wird auch in dem Beitrag von G. Hartmuth thematisiert, der die Frage stellt, ob Nachhaltigkeit für die lokalen Entscheidungsträger überhaupt noch ein Kriterium ist. Er skizziert zudem, was unter dem Schlagwort „Kontext“ als Nachhaltigkeit verstanden werden kann, wie der Raum- und Zeitkontext (Flächennutzungen; Betrachtungszeitraum). In dieser Hinsicht verlangt Kontextualisierung, dass das Leitbild einerseits selbst in den Problemzusammenhang und Kontext der kommunalen Entwicklung eingebettet wird, zum anderen, dass das Berichtssystem als Instrument selbst kontextualisiert, d. h. in verschiedene Planungs- und Steuerungsprozesse eingebettet wird.

Der vierte Beitrag des Sammelwerks befasst sich mit dem Handlungsfeld Tourismus. P. Dorsch, F. Hoffmann, S. Gerstner und J. Wulff skizzieren, wie ein Berichtssystem für nachhaltigen Tourismus unter Beteiligung ausgewählter Akteure entwickelt und sinnvoll strukturiert werden kann. Sie verdeutlichen, dass in der praktischen Umsetzung vielfach die hohen Ansprüche an Indikatoren deutlich reduziert werden müssen und Kriterien wie der Erhebungsaufwand vielfach die Auswahl und Nutzung entsprechender Indikatoren determinieren.

Der fünfte Beitrag beleuchtet das Themenfeld (Gesundheits-)Berichterstattung. W. Süß, W. Glismann und A. Trojan zeigen, dass das heutige Verständnis von Gesundheit umfassend definiert ist. Gesundheit wird dabei u.a. mit körperlichem, geistigem und sozialem Wohlbefinden umschrieben. Demzufolge greifen die Indikatoren für eine nachhaltigkeitsorientierte (Gesundheits-)Berichterstattung zahlreiche „klassische“ Indikatoren auf.

Der sechste Beitrag von E. Schreiber und A. Bieszczyk-Kaiser befasst sich mit der Konkretisierung des Prinzips der Nachhaltigkeit im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung. Der Beitrag zeigt, dass bisher bei der Konzeptionierung und Realisierung von öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen vielfach rein arbeitsmarktpolitische Zielstellungen berücksichtigt wurden, eine Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit in umfassender Hinsicht also nicht gegeben ist. Durch die Konkretisierung der Zielstellung Nachhaltigkeit für Beschäftigungsmaßnahmen und die Entwicklung von Kriterien wird offenkundig, dass erhebliche Unterschiede zwischen einer auf Nachhaltigkeit zielenden Beschäftigungsförderung auf kommunaler Ebene und der aktuellen Politik existieren.

Der siebte Beitrag von D. Rink und K. Huber stellt eine Reflexion dar, indem er über eine Befragung der Forschungs- und Praxispartner berichtet. Unter anderem wird der Frage nachgegangen, inwieweit das Leitbild der Nachhaltigkeit geeignet ist, lokale und regionale Probleme zu spiegeln. Neben zahlreichen Aspekten verdeutlichen die Autoren, dass bei der Umsetzung und langfristigen Implementierung von Nachhaltigkeitsberichtssystemen auf lokaler und regionaler Ebene insbesondere Fragen der Akzeptanz und der klaren Akteursorientierung eine wesentliche Bedeutung haben.

Der achte Beitrag von T. Döring und S. Heiland untersucht Strategien zur Kontextualisierung von Nachhaltigkeitsindikatoren. Aufbauend auf einer Untersuchung von 44 Indikatorensystemen stellt der Beitrag die Frage, ob und inwieweit die Indikatoren lokale und regionale Gegebenheiten bei ihrer Entwicklung,

Ausgestaltung und Anwendung berücksichtigen. Die Mehrzahl der analysierten Indikatorenansätze stellt einen lokalen Bezug und einen engen Zusammenhang zu lokalen Problemlagen her. Andererseits werden jedoch auch vielfach mit den bestehenden Indikatoren Zielsetzungen und Funktionen verbunden, die bisher noch nicht realisiert wurden, wie z. B. politische Steuerung oder Vernetzung. Die Autoren kommen insbesondere zu dem Schluss, dass eine Kontextualisierung im Sinne der instrumentell-prozessuralen Ebene bisher kaum gelungen ist, d. h. die Einbindung der Berichte in klassische Planungs- und Entscheidungsabläufe nicht hinreichend erfolgt.

U. Gehrlein beleuchtet im neunten Beitrag in systematischer Weise insbesondere die Hemmnisse beim Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatorensystemen und bietet damit eine gute Übersicht über die Hürden, die beim Aufbau und der Nutzung von indikatorengestützten Nachhaltigkeitsberichtssystemen zu überwinden sind. Er skizziert zudem Konturen und Funktionen eines Nachhaltigkeitscontrollings.

E. Rothgang stellt im abschließenden Beitrag das Nachhaltigkeitsberichtssystem der Stadt Wuppertal vor. Er berichtet von den konkreten Erfahrungen der Stadt mit der Entwicklung und Implementierung kommunaler Nachhaltigkeitsberichterstattung. Besonders interessant und facettenreich ist die Thematisierung der Frage, ob die Nachhaltigkeitsindikatoren und die damit verknüpfte Berichterstattung eine Steuerungswirkung oder Hilfestellung für die Stadt darstellen.

Insgesamt bietet das Buch ein wichtiges Werk für alle Forscher, Lehrende, Studierende und Praktiker, die an den Themen Nachhaltigkeit, Berichterstattung, Indikatoren und lokale sowie regionale Konkretisierung und Operationalisierung interessiert sind. Es erlaubt durch seine sehr unterschiedlichen Beiträge einen guten Einstieg in das Thema Konkretisierung von Nachhaltigkeit in unterschiedlichen Handlungsfeldern.

Jörn Birkmann (Bonn)



Christian Heppner

Garbsen – Neue Mitte am Rand? Die Entstehung einer Stadt im suburbanen Raum 1945–1975

Hannover: ecrivir-die textmacher GmbH 2005

Christian Heppner zeigt uns in seiner Fallstudie über die Entstehungsbedingungen der Stadt Garbsen am nordwestlichen Rand der Landeshauptstadt Hannover das alltäglich gewohnte und nicht reflektierte Landschaftsbild der Verstädterung von Dörfern und des Hineinkragens von Städten in das ländliche Umland gebrochen aus zeithistorischer Perspektive. Mit Garbsen untersucht der Autor eine Gemeinde der Region um die Großstadt Hannover, ein „Gebiet intensiver (Sub-)Urbanisierungsprozesse“, in dem in „den letzten 120 Jahren ... 14 Kommunen die Stadtrechte neu erlangt [haben-d.Verf.]“ (S. 21). Jeweils die Hälfte der ca. 1 Mio. Regionsbewohner wohne jeweils „innerhalb und außerhalb der Landeshauptstadt“ Niedersachsens (S. 21).

Der Autor thematisiert den Bedeutungsverlust der Zentralstädte bei gleichzeitiger Zunahme urbaner Angebote in der Peripherie. Hier habe sich seit den 1960er Jahren ein neuer Typus von Stadt herausgebildet – nicht Zentralstadt und auch nicht typische „Suburbia“ –, der als „Interurbia“, „Netzstadt“, „Zwischenstadt“ oder „Postsuburbia“ in die stadtplanerische Diskussion eingegangen sei (S. 15). Heppner fragt vor allem „mit Blick auf die von großer gesellschaftlicher und politischer Dynamik geprägten Jahre um 1970 ... anhand des Garbsener Beispiels [nach den – d. Verf.] Topoi von Reform, gesellschaftlichem Aufbruch, Demokratisierung und Planungseuphorie auf der konkreten Ebene eines einzelnen städtischen Gemeinwesens“ (S. 403).

Im ersten Teil seiner Veröffentlichung weist der Autor überzeugend nach, dass sich die in den Jahren 1824 bis 1939 im Garbsener Raum durch das wachsende Industriezentrum Hannover bedingte Verstädterung bis 1960 trotz zweier Weltkriege, unterstützt durch den Strom der Flüchtlinge und Vertriebenen, eher kontinuierlich fortsetzte. Dieser Wandel habe die materiellen und mentalen Voraussetzungen für die in den 1960er Jahren einsetzende neue Qualität der Verstädterung durch verdichtetes Bauen geschaffen.

Es ist spannend, im zweiten Teil der Arbeit zu verfolgen, wie sich ab 1962 die Verwaltungs- und politischen Spitzen in der Auseinandersetzung der Gemeinden Alt-Garbsen und Havelse mit der dominierenden Stadt Hannover um die Ansiedlung einer bis dahin noch selten erprobten Form der funktional gestalteten Massenwohnsiedlung professionalisierten und zu einer Zusammenarbeit fanden. Als Projekt des sozialen Wohnungsbaus sollten in dem Gebiet „Auf der Horst“ zwischen Garbsen und Havelse im Anschluss an den Stadtteil Hannover-Marienwerder dreigeschossige Plattenbauten und Einfamilienhäuser für 10 000 Einwohner, also ungefähr das Doppelte der eingesessenen Bevölkerung entstehen. Die Gemeinden stellten, so Heppner, dem Interesse der Landeshauptstadt, für Arbeiter und Angestellte in ihren stadtrandnahen Industriebetrieben sowie für Obdachlose und Bewohner aus Notunterkünften genügend Wohnraum zu schaffen, mehr und mehr das eigene Interesse am Ausbau einer funktionierenden städtischen Infrastruktur mit zentralen Funktionen für das Umland im Sinne der Stärkung der beiden Kommunen gegenüber. Aus der Zusammenarbeit sei am 1. Januar 1967 der Zusammenschluss der Gemeinden Havelse und Garbsen unter dem Namen Garbsen erfolgt. 1968 habe die Großgemeinde Garbsen, mit 23 000 Einwohnern eine der größten Gemeinden Niedersachsens, das Stadtrecht erhalten. Vorausgegangen seien seit 1962 mehrere Stadtrechtsanträge, in denen die politischen und vor allem die Verwaltungsgremien vor dem Hintergrund einer im Rahmen der geplanten Gebietsreform drohenden Eingemeindung nach Hannover und in Auseinandersetzung mit dem niedersächsischen Innenminister sich immer deutlicher als modernes städtisches Zentrum präsentierten, dies vor allem im Hinblick auf die verdichtete Neubausiedlung „Auf der Horst“. Dabei haben die Gemeinden die Schlagworte der aktuellen Diskussion um eine Gebiets- bzw. Bildungsreform sowie allgemeine landesplanerische Gesichtspunkte geschickt für sich genutzt.

Im Dritten Teil schildert der Autor, wie die für die Erwerbung des Stadtrechts notwendige Planung eines neuen Stadtkerns mit Schulen, einem Jugend- und Freizeitheim, Schwimmbädern etc. für die Bildungs- und Freizeitbedürfnisse einer neuen, mittelständisch mobil gedachten Bevölkerung von der sozialen und ökonomischen Dynamik der frühen 1970er Jahre und dem mit der Ölkrise einsetzenden Ende der bundesrepublikanischen Reformära überrollt wurden. Bis heute sei es bei der polyzentrisch angelegten Stadtstruktur geblieben. Das Ringen um die Ausgestaltung einer neuen Mitte angesichts begrenzter finanzieller Mittel und auftretender sozialer Probleme in der Großsiedlung sowie die Neu-Organisation der Stadt Garbsen 1974, die durch Erweiterung des Stadtgebiets durch Hereinnahme von Umlandgemein erfolgte, habe eine schnelle städtische Konsolidierung und Identitätsbildung verhindert.

Es ist dem Autor eindrucksvoll gelungen, die Erhebung Garbsens zur Stadt vor dem Hintergrund einer ca. 150-jährigen Entdörflichung und zunehmenden Verstädterung ebenso wie die Verleihung der Stadtrechte

im Kontext der qualitativ neuen Rahmenbedingungen der 1960er Jahre einzuordnen. Die Entwicklung seit den 1960er Jahren kann mit den Schlagworten preisgünstige gute Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, verdichtetes Bauen statt Landschaftsersiedelung, Gebietsreform mit Blick auf die Verbesserung der Versorgungsleistungen für die in den „Wirtschaftswunderjahren“ gestiegenen Ansprüche der Bevölkerung sowie Bildungsoffensive umschrieben werden. Christian Heppner schärft den Blick für neue städtische Muster, die sich grundsätzlich von den allgemein noch gängigen, traditionellen Vorstellungen von einer Stadt abheben. Nicht nur Zeithistorikern sei die Debatte zwischen Stadt und niedersächsischem Innenministerium über das Wesen einer Stadt zu empfehlen (S. 221 ff.). Darüber hinaus wird auch hier deutlich, dass die 1960er Jahre sich einmal mehr als Scharnierjahrzehnt erweisen, in dem seit dem 19. Jahrhundert einsetzende Entwicklungen zu Ende gehen und die Bundesrepublik beginnt, sich in einem grundlegenden Ablösungsprozess qualitativ neu auszurichten.

Gudrun Fiedler (Wolfenbüttel)



Oswalt Philipp (Hrsg.)

Schrumpfende Städte, Bd. 2: Handlungskonzepte

Ostfildern-Ruit: Hatje-Cantz-Verlag 2005

Im Anschluss an die internationale Untersuchung schrumpfender Städte, die den ersten Band dieses von der Kulturstiftung des Bundes generös finanzierten „Initiativprojekts“ gefüllt hatte, wurden im zweiten Teil der gleichnamigen Ausstellung nun „Handlungskonzepte“ ausgestellt und die dazu gesammelten Texte in einem insgesamt 900 Seiten umfassenden Katalog publiziert. In vier Großkapiteln mit den Überschriften Abbauen, Umwerten, Reorganisieren, Einbilden sind insgesamt ca. 160 Analysen, Collagen, Träume und Vorschläge enthalten, die – wie schon im ersten Band – auf allen Niveaus der Publizistik angesiedelt sind. Hellsichtiges, Erschreckendes, Ernüchterndes, Informatives, Weinerliches und Witziges findet sich in bunter Abfolge.

Ein Buch zum Lesen ist das nicht. Für Wissenschaftler findet sich nichts Neues, die besten Texte sind abgelagertes Wissen. Was am bemerkenswertesten erscheint: Obwohl das Buch so heißt, gibt es keine Handlungskonzepte. In dem Buch wird dieses und jenes geredet, zahlreiche Themen werden angerissen – für Ausstellungsbesucher mögen das vielleicht Anregungen für eine weiter gehende Beschäftigung sein.

Dem Drang von Planern, Künstlern oder um Aufmerksamkeit bemühten Journalisten, den hilflosen Politikern und Bewohnern von schrumpfenden Städten besonders originelle und aufrüttelnde Ideen entgegenzuschleudern, hat der Herausgeber erfolgreich widerstanden. Und so erscheint in diesem Buch die Suche

nach Handlungskonzepten – abgesehen von einigen literarischen Luftigkeiten – so, wie sie wohl in Wirklichkeit auch ist: sehr kompliziert, sehr unsicher und insgesamt eher hilflos bis pessimistisch. Das regt zu Fragen an, zwei sollen hier zum Schluss gestellt werden: Ist es nun ein Fehlschlag oder ein Zeichen von Seriosität, dass das mit großer Geste begonnene Kulturprojekt dort landete, wo die trockene Wissenschaft bereits

angelangt war? Ist die Tatsache, dass dieses Buch, das sich so sehr in die Ursachen des Schrumpfens und in die seelischen Folgen dieses Vorgangs vertieft, in einer westdeutschen Wachstumsregion verlegt wurde, ein Symptom für die Ursachen oder für die Folgen?

Hartmut Häußermann (Berlin)



Paul Gans, Ansgar Schmitz-Veltin (Hrsg.)
Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels.
Teil 6: Demographische Trends in Deutschland – Folgen für Städte und Regionen
Hannover 2006. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226

Über die Herausforderungen durch den demographischen Wandel wird seit einigen Jahren intensiv geforscht und diskutiert. Dabei sind auch die räumlichen Konsequenzen immer stärker in den Vordergrund gerückt. Um fachlich fundierte Anpassungsstrategien zu entwickeln, benötigen die Akteure auf allen Handlungsebenen Informationen und Einschätzungen. Dies wird dadurch erschwert, dass sich die Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen in den Regionen erheblich unterscheiden und die Entwicklung gleichzeitig von einer Vielzahl anderer – nichtdemographischer – gesellschaftlicher und ökonomischer Faktoren beeinflusst wird.

Der Band, der die Ergebnisse des ARL-Arbeitskreises „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ wiedergibt, umfasst vier Teile: Im ersten werden die Grundlagen des demographischen Wandels, übergreifende gesellschaftliche und nichtdemographische Trends und die europäische Bevölkerungsentwicklung dargestellt. Im zweiten Teil werden verschiedene vom demographischen Wandel betroffene Lebensbereiche wie z. B. Arbeitsmarkt, Wohnungswesen, Bildungswesen und Verkehr jeweils für sich betrachtet. Um dem integrativen Anspruch der Raumplanung gerecht zu werden, werden im dritten Teil Auswirkungen des demographischen Wandels in einzelnen Regionen, dafür aber über sektorale Abgrenzungen hinweg analysiert. Im vierten Teil werden wiederum Handlungsansätze in den Kommunen sowie die Empfehlungen des Arbeits-

kreises dargestellt. Dabei steht mit wenigen Ausnahmen die regionale Betrachtungsebene im Fokus.

Im Rahmen der sektoralen Darstellungen werden jeweils die Auswirkungen der demographischen Entwicklung sowie Handlungsansätze dargestellt. Wegen der großen Bandbreite der regionalen Ausgangsbedingungen, des Einflusses der nichtdemographischen Faktoren und der weiteren kleinräumigen Differenziertheit muss beides teilweise etwas allgemein bleiben. Es wird jedoch deutlich, dass es in einzelnen Teilbereichen eine breite Palette von Handlungsmöglichkeiten zur Anpassung an den demographischen Wandel gibt, während dies in anderen Bereichen auf größere Schwierigkeiten stößt. So kann z. B. dem Rückgang der Nachfrage bei der sozialen Infrastruktur durch ehrenamtliches Engagement, eine Verkleinerung und Kombination der Einrichtungen sowie eine Mobilisierung der Nutzer entgegengewirkt werden. Demgegenüber ist die Anpassungsfähigkeit der Infrastruktur für die Abwasserentsorgung an eine verringerte Nachfrage gering.

Ungeachtet aller verbleibenden Unsicherheit fügen sich die Ergebnisse der sektoralen Studien insoweit zu einem Puzzle zusammen, dass der demographische Wandel in Regionen mit ungünstiger Ausgangslage und Entwicklung zu einer Abwärtsspirale aus Abwanderung, dadurch bedingter überproportionaler Alterung sowie Verschlechterung der Versorgung bei zunehmenden Kosten und dadurch weiterer Abwanderung

führen könnte. Damit ist eine Verschärfung der räumlichen Disparitäten wahrscheinlich, wobei tendenziell eine Stärkung der Agglomerationsräume und der verdichteten Räume gegenüber den ländlichen Regionen erwartet wird.

Die Regionalanalysen zum demographischen Wandel erfolgen für Mecklenburg-Vorpommern (ländlicher Raum), die Region Braunschweig (verstädterter Raum) und das Rhein-Neckar-Dreieck (Agglomerationsraum). Sie verdeutlichen die Trends anhand konkreter Zahlen und machen dadurch das Auseinanderdriften der demographischen Problemlagen in Deutschland besser erkennbar. Im Vergleich zu den aktuellen Schwierigkeiten dünn besiedelter ländlicher Regionen Mecklenburgs, eine Mindestversorgung aufrechtzuerhalten, befinden sich die Agglomerationsräume im Westen noch in einer komfortablen Situation. Der Beitrag zur Region Braunschweig macht jedoch deutlich, dass der demographische Wandel nach 2020 an Wucht gewinnt. Dabei sind jedoch auch im Jahr 2030 die geburtenstarken Jahrgänge noch gar nicht in einem Alter, in dem in großem Umfang Pflegeleistungen abgefordert werden.

Im Rahmen der Handlungsempfehlungen wird zunächst die Frage aufgeworfen, ob die bisherige auf Ausgleich ausgerichtete flächenhafte Förderung zukunftsfähig ist. Der Arbeitskreis spricht sich für eine stärkere räumliche Konzentration der begrenzten finanziellen Mittel auf ausgewählte größere Zentrale Orte aus. Bei den Einzelempfehlungen wird zwischen Empfehlun-

gen für einzelne Sektoren sowie Empfehlungen für Raumkategorien unterschieden. Dabei wird deutlich, dass eine integrative Herangehensweise unumgänglich ist.

Das Buch bietet aus einer überörtlichen Perspektive einen Überblick über ein sehr breites Spektrum der Auswirkungen des demographischen Wandels. Es kann damit auch kommunalen Akteuren helfen, die Entwicklung ihrer Kommune in die großräumigen Entwicklungen einzuordnen. Da sich immer mehr Menschen mit dem Thema befassen, kommt es zum richtigen Zeitpunkt. Gerade die Darstellung des aktuellen Fachwissens macht aber auch deutlich, dass an vielen Stellen noch Kenntnisse fehlen. Dies beginnt bereits damit, dass die Ergebnisse von kleinräumigen Prognosen im Zeitablauf instabil sind.

Bei der Breite des Themenfelds sind ferner trotz des großen Umfangs des Bandes Lücken unvermeidbar. Davon ist eine besonders bedauerlich: Zwar wird mehrfach von den drei Aspekten des demographischen Wandels gesprochen, dem Aspekt der Internationalisierung wird jedoch insgesamt wenig Beachtung geschenkt. Dabei wird die Zukunft der Regionen auch davon abhängen, inwieweit es gelingt, den zunehmenden Anteil der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ zu integrieren und deren Potenziale zu heben.

Bernd Mielke (Dortmund)



Jens Baumann

Handlungsstrategien im Rahmen der Kreisgebietsreform – am Beispiel von Kreisitzbestimmung und Zentralitätsausgleich im Freistaat Sachsen

**Dresden: Verlag der Wissenschaften GmbH 2005
(436 S., Tab., CD)**

Untersuchungsziel der von Jens Baumann im Sommer 2005 an der TU Dresden eingereichten Dissertation ist die Analyse von Handlungsstrategien im Rahmen der Kreisgebietsreform in Sachsen von 1993 unter Einbezug des Zentralitätsverlustausgleichs. Dabei wird unter Theoriegesichtspunkten der gedankliche Ansatz verfolgt, einen Beitrag zur Fortentwicklung der raumbezo-

genen Konfliktforschung und des Zentrale-Orte-Konzepts bezogen auf die Standortdiskussion von Behörden zu leisten. Die besonderen Stärken der Arbeit sind jedoch vor allem in den praxisbezogenen Erkenntnissen zu suchen. Das entspricht der Zielsetzung des Autors, über „politische Aufklärung“ und die „Anwendungs-optimierung der Erkenntnisse“ Handlungsgrundlagen

für die praktische Verwaltungsarbeit zu schaffen. Dass ihm das gut gelingt, dürfte nicht zuletzt seiner vierjährigen Tätigkeit im damaligen Referat 24 und später der Projektgruppe „Kommunalreform“ des Sächsischen Staatsministerium des Inneren zuzuschreiben sein, wo die Konzeption von Zentralitätsausgleichsprogrammen zu seinen Arbeitsaufgaben zählte.

Geleitet wird die bereits 2001 begonnene Untersuchung durch die drei folgenden Kernthemen: 1. Kreissitzbestimmung und Einfluss von speziellen Handlungsstrategien im Entscheidungsprozess; 2. Auswirkungen des Kreissitzverlustes unter Einbezug des Zentrale-Orte-Konzepts, 3. Konstruktion und Auswirkungen des Zentralitätsverlustausgleichs.

Interessant und innovativ ist der multidisziplinäre Zugang Baumanns, stellt er doch dem Zentrale-Orte-Konzept der Raumlehre die politologische Policy- und Netzwerkanalyse zur Seite. Allerdings wird der dadurch errungene Erkenntnisgewinn dann auch mit der für eine Dissertation oftmals typischen Gründlichkeit dargestellt. So findet sich beispielsweise eine ausführliche (sehr gute) Darstellung der Geschichte und Theorie-debatte der Methoden und Analyseansätze der Policy- und Netzwerkanalyse. Hier wäre eine Konzentration auf die Vorstellung der für die Untersuchung genutzten Elemente des Analyseansatzes wünschenswert gewesen. Auch an anderer Stelle ist das Werk nicht ganz frei von Redundanzen. Dieses Manko wird jedoch durch die insgesamt klare Struktur der Arbeit wieder ausgeglichen. Diese erlaubt es der Leserin und dem Leser, sich bei Bedarf in dem über 400-seitigen Werk samt eines 53-seitigen Anhangs auf CD-Rom gezielt auf die Passagen und Untersuchungsergebnisse von besonderem Interesse zu konzentrieren.

Auf der Basis bisheriger empirischer Untersuchungen zu Gebietsreformen in anderen Bundesländern formuliert der Autor seine Hypothesen, um diese nachfolgend am Beispiel der Kreisgebietsreform in Sachsen für den Analysezeitraum 1993–2001 zu überprüfen. Anknüpfend an eine 1998 veröffentlichte Studie von Everhard Holtmann et al. zu den funktionsräumlichen und kommunalpolitischen Auswirkungen des Kreissitzverlustes bzw. -gewinns in zehn Städten Sachsen-Anhalts erhebt Baumann im Rahmen seiner Befragungen zusätzlich aktuelle Einschätzungsbefunde zu seinen Fragestellungen aus diesen ehemaligen Untersuchungskommunen des Nachbarlandes. Damit gelingt ihm eine wertvolle Erweiterung des Betrachtungsfokusses über Sachsen hinaus, die auch hinsichtlich der Übertragbarkeit der vorgelegten Untersuchungsbefunde auf andere (neue) Bundesländer positiv zu bewerten ist. Im Rahmen der Hypothesenüberprüfung kommt eine vielversprechen-

de Kombination aus Befragung und statistischer Datenanalyse zum Einsatz, die in der Tat auch interessante Befunde erbringen. Besonders vorteilhaft wirkt sich dabei aufgrund des achtjährigen Betrachtungszeitraums die Möglichkeit aus, die vorgelegten Einschätzungen der Befragten zu erzielten Ausgleichseffekten mittels „harter“ statistischer Daten einer faktischen Überprüfung unterziehen zu können.

Insgesamt zeichnet sich die Arbeit durch eine Vielzahl an vorgenommenen Teiluntersuchungen und einem nicht unerheblich wirkenden Arbeitsaufwand aus. Hervorzuheben sind insbesondere die empirischen Teile der Untersuchung, wo mit einer teils erstaunlichen Akribie der datengestützten Untersuchung der Frage nach den Folgen des Kreissitzverlustes sowie den Wirkungen von staatlichen Ausgleichsmaßnahmen nachgegangen wird (vgl. Kap. 4). Positiv macht sich hier wiederum die einschlägige Praxiserfahrung des Autors und der dadurch unterstützte gute Zugang zu teils ansonsten nur schwer verfügbaren Daten und entsprechendem Quellenmaterial bemerkbar. Dass dabei nicht alle Einzelheiten optimiert werden konnten, scheint verständlich: So weist zum Beispiel der für die schriftliche Erhebung unter den (ehemaligen) Kreisstädten eingesetzte Fragebogen nicht alle gestalterisch notwendigen Feinheiten auf, was an manchen Stellen die Güte der Beantwortung beeinflusst haben könnte. Auch sind die Tabellendarstellungen und insbesondere die Abbildungen in dem vorgelegten Veröffentlichungsband z. B. in Bezug auf Schriftgröße und optisch rasche Erschließbarkeit der Darstellungsinhalte von teils verbesserungsfähiger Gestaltungsqualität.

Abschließend bleibt jedoch festzuhalten, dass mit dieser Dissertation ein praxisrelevantes Thema in sehr kompetenter Weise aufgegriffen wurde. Allein das dürfte das Werk für Interessierte aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft lesenswert machen. Bemerkenswert ist nicht zuletzt, dass Baumann mit dieser Arbeit eine der wenigen Ex-post-Analysen zum Thema Kreisgebietsreform vorgelegt haben dürfte, deren zeitlicher Untersuchungshorizont so bemessen war, dass über tendenzielle Einschätzungen hinausgehende Fakten zu den Folgen des Kreissitzverlustes und etwaiger Ausgleichsmaßnahmen vorgelegt werden konnten. Interessant ist dabei auch, dass der Autor die Einschätzungsbefunde für Sachsen-Anhalt aus dem Jahre 1998, die Holtmann et al. bereits knapp drei Jahre nach der dortigen Kreisgebietsreform vorlegten, vielfach in der Aussagetendenz bestätigen konnte.

Evelin Krolopp und Anita Steinhart (Halle/Saale)